

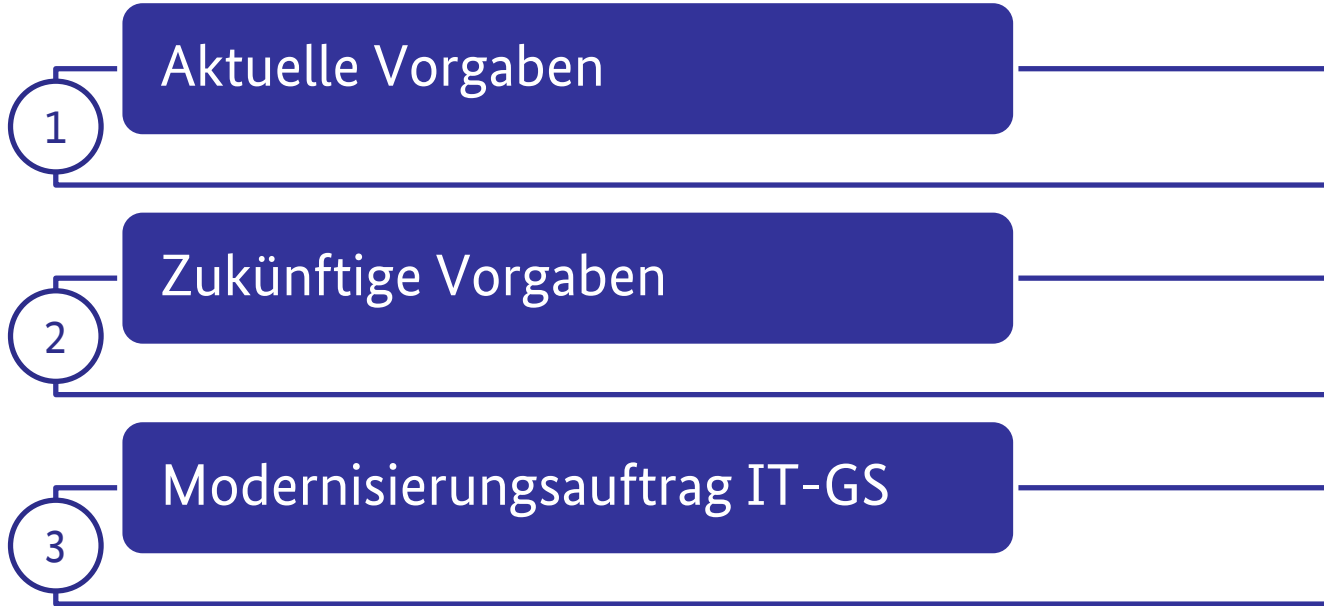
Cybersicherheitsvorgaben für die Bundesverwaltung

Julia Hein, BMI CI 4
23. Oktober 2024



Bundesministerium
des Innern
und für Heimat

Struktur



1. Aktuelle Vorgaben

Aktuell ergeben sich die Vorgaben für die BV aus dem BSIG und dem UP Bund

BSIG

u.a.:

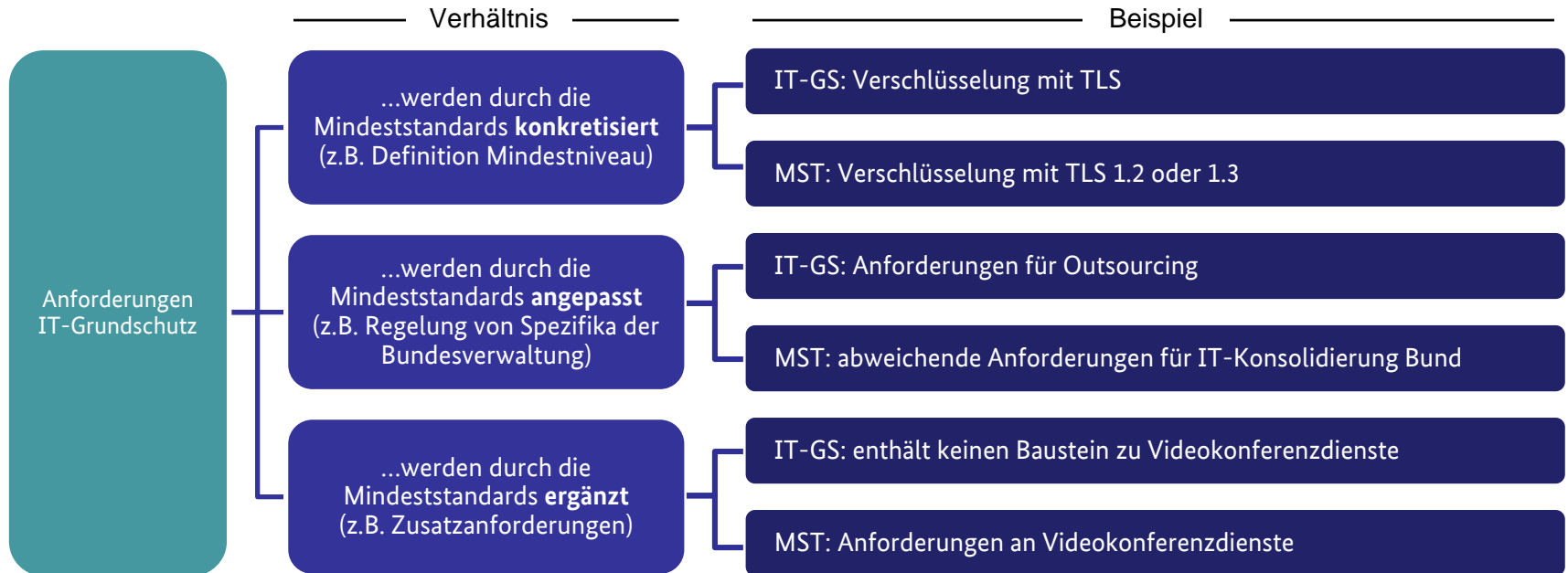
- Meldepflichten nach § 4
- Unterstützung des BSI bei Kontrollen nach § 4a
- **Umsetzung Mindeststandards nach § 8**
- Vertragliche Verpflichtung zur Informationssicherheit bei Beauftragung anderer Stellen nach § 8
- Beteiligung BSI bei wesentlichen Digitalisierungsvorhaben nach § 8

UP Bund

u.a.:

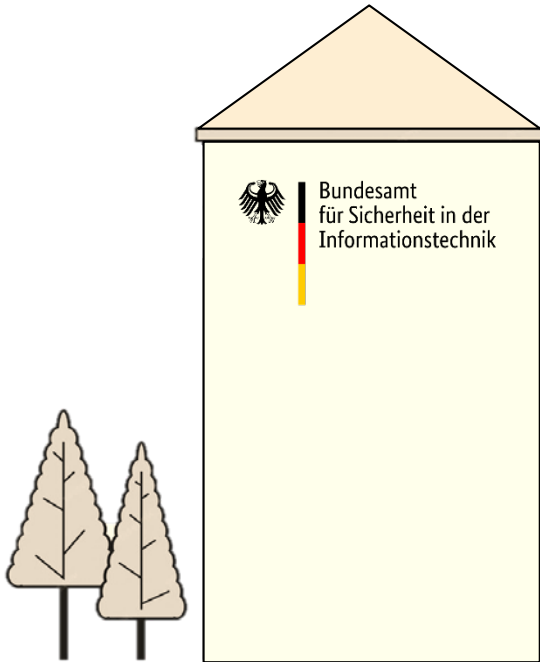
- **Verpflichtung zur Einhaltung des IT-Grundschutzes**
- Gesamtverantwortung der Einrichtungsleitung
- Rolle der Informationssicherheitsbeauftragten

Die Mindeststandards konkretisieren, ergänzen oder passen die Anforderungen des IT-GS an



2. Zukünftige Vorgaben

Das BSI erhält diverse neue Pflichten und Befugnisse



Aufgaben nach §§ 3 und 44

Auszug

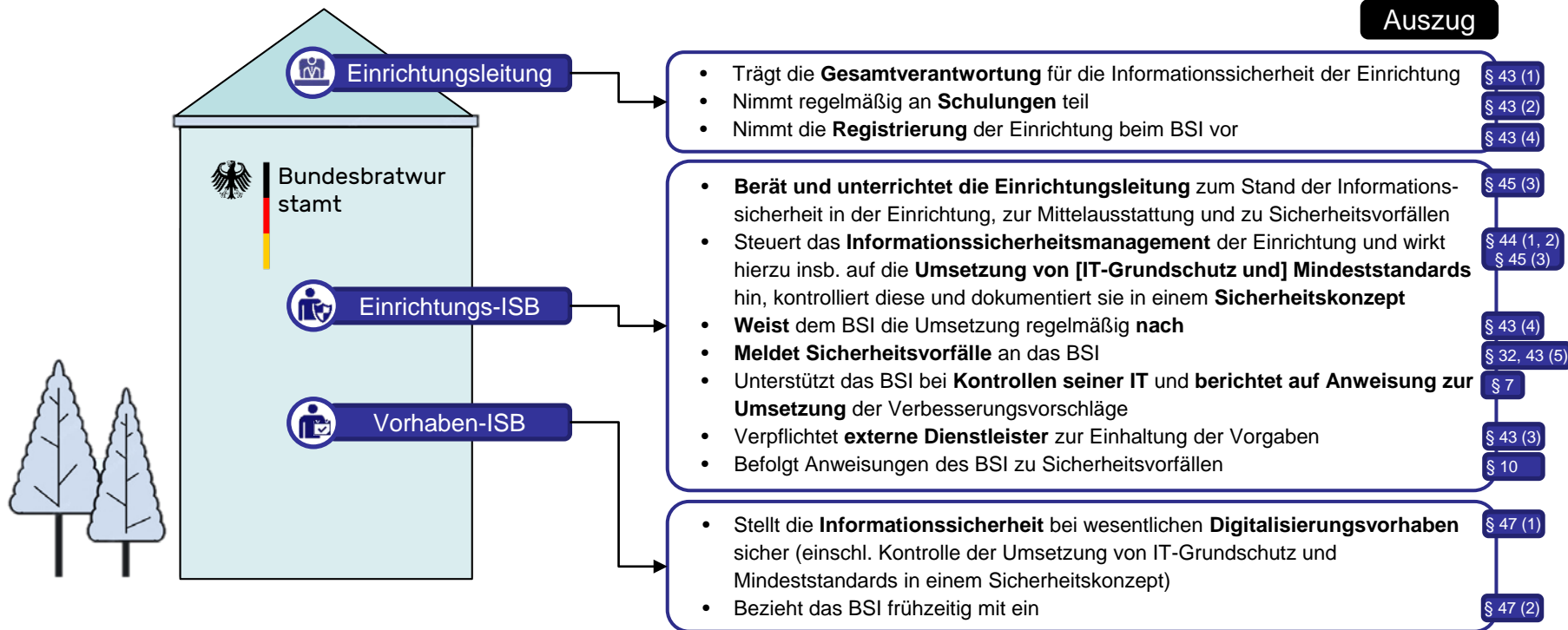
- **Festlegung der Mindeststands** (gesetzlich verpflichtend für alle Einrichtungen des Bundes) und des **IT-Grundschutz** (gesetzlich verpflichtend für Bundesministerien + BKAMt).
- Regelmäßige **Evaluierung und Fortschreibung** des IT-Grundschutz und der Mindeststandards entsprechend dem Stand der Technik sowie unter Berücksichtigung der Erfahrungen aus der Praxis
- **Beratung** der Einrichtungen der Bundesverwaltung auf Ersuchen bei der Umsetzung und Einhaltung dieser Anforderungen, Bereitstellung **konkreter, praxisnaher Hilfsmittel** und **Unterstützung der Bereitstellung entsprechender Lösungen durch die IT-Dienstleister** des Bundes über den gesamten Lebenszyklus.

Anordnungen nach §§ 7 und 10

Auszug

- **Anweisung** von Einrichtungen des Bundes zur **Umsetzung der Vorschläge zur Verbesserung** nach Prüfungen innerhalb einer angemessenen Frist im Benehmen mit dem/der Ressort-ISB.
- Im Einzelfall **Anordnung erforderlicher Maßnahmen zur Abwendung/ Behebung eines gegenwärtigen Sicherheitsvorfalls** gegenüber Einrichtungen des Bundes; Aufforderung zur **Berichterstattung** innerhalb einer angemessenen Frist.

Die Einrichtungen der Bundesverwaltung erhalten ebenfalls diverse „neue“ Pflichten



Der IT-GS gilt untergesetzlich weiterhin für die gesamte Bundesverwaltung

— „Zentralregierung“ —

Einrichtungen der Bundesverwaltung

Anwendungsbereich
§ 29 BSIG-E

Bundeskanzleramt
und Bundesministerien

weitere Bundesbehörden

öffentlich-rechtlich
organisierte IT-
Dienstleister der
Bundesverwaltung

(auf Anordnung) Körperschaften,
Anstalten und Stiftungen des
öffentlichen Rechts sowie ihre
Vereinigungen auf Bundesebene

IT-Grundschutz

untergesetzliche Vorgabe (UP Bund 2017)

zukünftig zusätzlich:
gesetzliche Vorgabe
(§ 44 Absatz 2 BSIG-E)

Gesetzesbegründung § 44: „Der IT-GS erhält [...] für die Bundesministerien und das Bundeskanzleramt mittelbar Gesetzesrang. Für die restlichen Einrichtungen der Bundesverwaltung ergibt sich die Umsetzung des IT-GS unverändert aus dem bestehenden untergesetzlichen Kabinettsbeschluss UP Bund.“

Mindeststandards

gesetzliche Vorgabe (bisher § 8 Absatz 1 BSIG, zukünftig § 44 Absatz 1 BSIG-E)

3. Modernisierungsauftrag IT-GS

Die Herausforderungen zur Umsetzung des IT-GS wurde über eine Umfrage identifiziert

Projekt zur Neu-Positionierung des IT-GS in der Bundesverwaltung 2022:

Herausforderungen

u.a.:

- fehlendes Personal,
- Komplexität der Vorgabenstruktur (IT-GS, MST, VS)
- fehlende technische Unterstützung, wie bspw. ISMS-Tools
- aufwendige Dokumentationspflichten

Projektergebnisse

u.a.:

- Werkzeugkasten mit Arbeitshilfen
- Erstellung von IT-Grundschutz-Profilen
- ISB-Netzwerk

Das BSI muss den IT-GS bis 1.1.2026 modernisieren

§ 44 Absatz 2 Satz 4 NIS2UmsuCG

„Das Bundesamt wird den IT-Grundschutz bis zum **1. Januar 2026 modernisieren und fortentwickeln.**“

Gesetzesbegründung § 44 Absatz 2

„Um die Nachweisfrist von fünf Jahren ab Inkrafttreten (§ 43 Absatz 4 Satz 2) bei weiterhin knappen finanziellen und personellen Ressourcen umsetzen zu können, muss sichergestellt werden, dass der IT-Grundschutz so **effizient und unbürokratisch** wie möglich ausgestaltet ist. Das Bundesamt wird den IT-Grundschutz daher modernisieren, mit der Maßgabe, den **Umfang** und die bei der Umsetzung entstehenden **Dokumentationspflichten** auf das **notwendige Mindestmaß zu reduzieren**, eine **Priorisierung** der Anforderungen vorzunehmen und die **Anwendung von Automatisierungstools** weitestgehend zu **ermöglichen.**“

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Kontakt

Referat CI4

CI4@bmi.bund.de